



NEWSLETTER 08/2014

FORUM | MIGRATION



De Maizièrè-Paket stößt auf Widerstand im Bundesrat

Union bietet Kompromisse für Asylrechtsverschärfung an

Die vom Bundesinnenministerium (BMI) forcierte umfassende Reform des Asylrechts stockt – Grüne und Linke stellen sich im Bundesrat gegen die Pläne der Regierung.

Bereits vom Bundestag beschlossen ist die Erweiterung der Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ um Serbien, Mazedonien und Bosnien. Damit will die Union Antragsteller aus diesen Ländern künftig deutlich schneller abschieben können. Grüne und Linke verweisen auf die Verfolgung der Roma in Osteuropa und fürchten, die Union könne in Zukunft immer mehr Länder pauschal als „sicher“ einstufen wollen. Eine für Anfang Juli vorgesehene Beratung des Gesetzes im Bundesrat platzte.

Die Union bot deshalb den Wegfall der so genannten Nachrangigkeitsklausel für Flüchtlinge beim Zugang zum Arbeitsmarkt. So könnten Geduldete und Asyl-

bewerber künftig auch dann einen Job annehmen, wenn beim Jobcenter einheimische Arbeitslose registriert sind, die für die Stelle infrage kämen.

Vermutlich aber wird die Union ein viel größeres Kompromisspaket schnüren müssen. Denn ebenfalls vorgelegt hat die Regierung einen Entwurf für die lange geforderte Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Damit setzt sie zwar die Bezüge von Flüchtlingen annähernd auf Hartz-IV-Niveau fest, der Sachleistungsvorrang und die eingeschränkte Gesundheitsversorgung aber bleiben erhalten.

Gleichzeitig berät das Kabinett den Entwurf für ein „Aufenthaltsbeendigungsgesetz“. Damit können in Zukunft unter anderem die rund 95.000 Geduldeten mit einem Aufenthaltsverbot belegt werden, wenn sie nicht freiwillig ausreisen. Als Folge wäre es ihnen unmöglich ein Aufenthaltsrecht zu erlangen.

Der DGB kritisierte diese Pläne in einer Stellungnahme als „unangemessen und unverhältnismäßig“.

INHALT 08/2014

| | |
|--|---|
| De Maizièrè-Paket stößt auf Widerstand im Bundesrat | 1 |
| Neue Töne auf dem Amt | 2 |
| Staatsangehörigkeit | 2 |
| SPD will Zuwanderungsgesetz mit Punktesystem | 2 |
| Ausländische Pflegekräfte | 3 |
| Bundesamt für Migration | 3 |
| Türkisch als Unterrichtsfach | 3 |
| Ehegatten-Nachzug | 3 |
| Integration zugewanderter EhegattInnen | 3 |
| Das Anerkennungsgesetz des Bundes – eine Erfolgsgeschichte – Kommentar der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka (CDU) | 4 |
| Erfahrungsexperten gesucht! | 4 |



Neue Töne auf dem Amt

„veris“-Projekt zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung

21.000 Menschen leben in Waldkirch im Breisgau, nördlich von Freiburg. Jeder Zehnte hat keinen deutschen Pass, jeder Fünfte einen Migrationshintergrund. Dabei wird es nicht bleiben. „Einwanderung ist die Zukunft“, sagt Waldkirchs Integrationsbeauftragte Renate Gudat. „Als Gemeinde müssen wir uns dem Thema stellen.“ Wie integriert man die einwandernden Familien aus Portugal, Italien, Spanien oder Polen in Vereine und Schulen, wie beteiligt man sie an politischen Entscheidungen, wie gibt man ihnen das Gefühl, ihre Anwesenheit werde geschätzt?

Lange habe das Thema für die Verwaltung „nicht im Mittelpunkt gestanden“, sagt Gudat. Ein „Glücksgriﬀ“, sei es da gewesen, dass Waldkirch als eine von drei Gebietskörperschaften in das veris (Verwaltungen interkulturell stärken)-Projekt des DGB Bildungswerk eingestiegen sei.

Das 2012 gestartete und bis Ende 2014 angelegte Projekt unterstützt eine Kleinstadt (Waldkirch), einen Landkreis (Lippe/NRW) und Kassel als Großstadt dabei, ihre Verwaltung so zu entwickeln, dass ein möglichst produktiver Umgang mit Vielfalt gefunden wird. Ab Mitte Februar 2014 werden zudem elf Verwaltungsmitarbeiter zur „Fachkraft für kulturelle Vielfalt“ ausgebildet.

Bis Juni 2014 führten die veris-TrainerInnen über 160 Fortbildungsveranstaltungen mit über 800 TeilnehmerInnen durch – Beschäftigte des Ordnungs-, Sozial-, Jugend- oder Gesundheitsamts, von Feuerwehr und Standesamt und natürlich den Ausländerbehörden.

Seit dem 2005 beschlossenen Zuwanderungsgesetz ist Integration gesetzliche Aufgabe. Doch zur Praxis ist es ein weiter Weg. In den Trainings werden die MitarbeiterInnen dafür sensibilisiert, alle Bereiche ihres Handelns auch unter interkulturellen Aspekten zu betrachten: Was an dieser Situation hat etwas

mit Migration und Kultur zu tun? Und was ließe sich deshalb verbessern? Kommunikation ist ein Schwerpunkt des Programms: Eine Verwaltung, die sich Mühe gibt, verstanden zu werden, ist das Ziel.

Die Fortbildungsangebote seien sehr gut angenommen worden, sagt Gudat. „Die Mitarbeiter haben von ihrer Erfahrung berichtet, wie sie plötzlich die Dinge aus einem völlig anderen Standpunkt betrachtet haben: Aus der Rolle der neu zugewanderten Bürger, die etwas benötigen und von der Verwaltung abhängig sind.“

Für Waldkirch gehe es nun darum, die interkulturelle Kompetenz strukturell zu verankern, stärker mit Migrantenorganisationen zu kooperieren. „Wir müssen das Wissen festigen. Dafür nehmen wir auch gern weitere, professionelle Unterstützung an.“



Projekt veris – Verwaltungen interkulturell stärken:

www.arbeiteninvielfalt.de

Staatsangehörigkeit

Optionsregelung bleibt

Zuwanderer-Kinder können in Zukunft zwei Staatsangehörigkeiten haben – aber nur, wenn sie in Deutschland geboren sind und bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre im Land gelebt oder hier sechs Jahre lang eine Schule besucht haben. Das beschloss der Bundestag am 3. Juli mit den Stimmen von Union und SPD.

Bislang mussten sich Kinder aus Zuwanderer-Familien, die in Deutschland geboren wurden, bis zum 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie den deutschen Pass oder den des Herkunftslandes ihrer Eltern wollen. Ausnahmen waren für EU-Bürger und eine Reihe anderer Nationalitäten vorgesehen – nicht aber für türkische Staatsangehörige.

SPD und die Opposition hatten eine unbedingte Mehrstaatlichkeit gefordert, konnten sich aber nicht gegen die Union durchsetzen. „Es wird auch allen Unkenrufen zum Trotz in Zukunft in Deutschland keinen generellen Doppelpass geben“, sagte der Innenpolitische Sprecher der Union, Stephan Mayer (CSU).



© Ashley van Dyck – Fotolia.com

Die Bundesregierung glaubt, dass etwa 90 Prozent der hier geborenen Kinder von Ausländern auch in Deutschland zur Schule gegangen sind; jährlich 40.000 junge Menschen könnten somit ab 2018 von der neuen Regelung profitieren.

Safer Çınar, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, kritisierte die Einigung:

„Bei den Betroffenen kommt wieder die Botschaft an: Auch wenn ihr hier geboren seid und 22 Jahre zwei Staatsbürgerschaften hattet, ohne das dies offensichtlich unserem Land geschadet hat, sehen wir nicht euch alle gleich.“

Ähnlich hatte auch das DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Reformpläne kritisiert.

SPD will Zuwanderungsgesetz mit Punktesystem

Um die Zuwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt besser steuern zu können, hat sich die Generalsekretärin der SPD, Yasmin Fahimi, für ein neues Zuwanderungsgesetz ausgesprochen. Dabei sei auch ein Punktesystem, wie es etwa in Kanada

Anwendung findet, denkbar. „Wir müssen die klassische Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt besser lenken“, sagte Fahimi der Rheinischen Post. „Länder wie die USA, Kanada und Australien machen es vor: Deutschland braucht ein Zuwanderungsgesetz,

das diesen Zustrom ordnet. Im Sinne der Betroffenen und im Sinne unseres Arbeitsmarkts.“ Ein Punktesystem könne helfen, Einwanderungswillige nach Ausbildung, Alter und Sprachfähigkeit auszuwählen.



Ausländische Pflegekräfte

Erst verschulden, dann ausbeuten

Unternehmen nutzen die Sprachdefizite ausländischer Pflegekräfte offenbar gezielt aus, um schlechte Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Das berichten Mitarbeiter des DGB Projekts „Faire Mobilität“ in Berlin. So wenden sich seit dem Frühjahr verstärkt Pflegekräfte aus Polen, Bulgarien und Spanien an die Beratungsstelle und klagen über Geldforderungen ihrer deutschen Arbeitgeber. Diese verlangen von ihren Beschäftigten den Lohn für die Zeit zurück, in der sie Deutsch lernen.

Um als Pflegekraft zu arbeiten sind Sprachkenntnisse des Niveaus B2 vorgeschrieben, die Sprachkurse werden dabei vom Staat bezahlt. Während der meist dreimonatigen Kurse fallen Lohnkosten von über 6.000 Euro an. „Die Firmen investieren nicht, erhalten voll ausgebildete Fachkräfte und die Kosten für den Spracherwerb bürden sie dann auch noch den Beschäftigten auf“, sagt Dominique John von Faire Mobilität.

Nur wenn die Beschäftigten bis zu drei Jahre bei dem Unternehmen bleiben, werden die Forderungen fallen gelassen. „Uns drängt sich der Verdacht

auf, dass diese Verschuldung strategisch eingesetzt wird“, sagt John. „Obwohl viele der Beschäftigten die Arbeitsbedingungen – extrem lange Schichten, hohe Arbeitsbelastung, niedrige Löhne – als unzumutbar beschreiben, hindern sie diese Vertragskonstruktionen zu kündigen und sich einen besseren Arbeitsplatz zu suchen.“ Die Beratungsstelle bittet Beschäftigte, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, mit ihr Kontakt aufzunehmen.

 Faire Mobilität:
www.faire-mobilitaet.de/-/lcV

Bundesamt für Migration

Mitarbeiter wegen Rassismus entlassen

Nach rassistischen Äußerungen auf der behördeneigenen Facebook-Seite hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg Ende Juni einen Mitarbeiter entlassen. Der Mann hatte auf der Facebook-Seite des Bundesamtes geschrieben, „Afrostämmige“ besäßen nur einen „partiellen Ordnungssinn“. Er schlug vor, diese in einem „Kultivierungsseminar zu europäisieren“. Noch am Freitag distanzierte sich das BAMF „aufs Schärfste von den Äußerungen“ des Mitarbeiters. „Der Betreffende ist ab morgen nicht mehr für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge tätig“, erklärte das Amt dann am Montag. „Seine Äußerungen waren für uns in keiner Weise tragbar und Konsequenzen dieser Art waren daher unumgänglich.“ Vor rund einem Jahr hat das BAMF eine Initiative zum Thema „Willkommenskultur“ gestartet, um das Klima in den Ausländerbehörden zu verbessern.

Türkisch als Unterrichtsfach

Hamburg schließt Studiengang

Unter Protest der Türkischen Gemeinde und der Opposition in der Bürgerschaft hat das Präsidium der Universität Hamburg beschlossen, vom kommenden Wintersemester an keine neuen Bachelor-Lehramtsstudenten mehr für das Fach Türkisch aufzunehmen. Gleichzeitig forderte es die zuständige Fakultät für Geisteswissenschaften auf, den Studiengang abzuwickeln. Die Hochschule begründete dies mit zu geringen personellen und finanziellen Ressourcen sowie einer niedrigen Nachfrage bei Studierenden. Im Juni studierten rund 130 Personen in Hamburg Türkisch auf Lehramt. Der Studiengang existiert seit 20 Jahren, Hamburg ist die einzige Uni, an der man das Lehramt Türkisch im Masterstudiengang studieren kann. Opposition und türkische Gemeinde verweisen darauf, dass in Hamburg jedes zweite neu eingeschulte Kind einen Migrationshintergrund hat – meist einen türkischen.

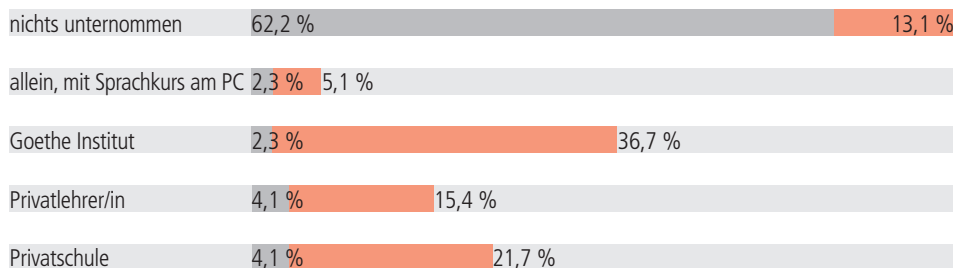
Ehegatten-Nachzug

CDU will weiter Deutschtests

Trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) will das Bundesinnenministerium an den Deutschtests für nachziehende Ehepartner türkischer Zuwanderer festhalten. Die Prüfungen seien „unverzichtbar für die Integration von Zuwanderern“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings (CDU). Der Europäische Gerichtshof hatte Mitte Juli entschieden, dass der Nachweis von Deutschkenntnissen als Voraussetzung des Ehegattennachzugs unvereinbar mit einem Abkommen mit der Türkei sei und die Familienzusammenführung erschwere. Die Richter erkannten zwar an, dass die Bundesregierung mit den Sprachtests Zwangsverheiratungen bekämpfen und die Integration fördern wolle. Die Regelung gehe aber zu weit, weil das Nichtbestehen eines Tests den Nachzug des Ehegatten unmöglich mache. Bislang gibt es Ausnahmen nur in besonderen Härtefällen.

Integration zugewanderter EhegattInnen

Methodenwahl zum Deutscherwerb vor Einreise ■ = bis August 2007 ■ = ab September 2007



Vergleich des Tätigkeitsprofils vor und nach der Einreise (Subjektive Einschätzung)




Durch den Sprachnachweis empfundene Belastung:

9,2 % – sehr stark; 20,5 % – stark; 25,0 % – teils/teils; 16,3 % – gering; 29,0 % – keine Belastung

Partnerschaften auf Augenhöhe – Bildungsniveau des deutschen Ehepartners im Vergleich zum Ehegatten aus dem Ausland:

Geringer: 35,4 %; Gleich: 41,4 %; Höher: 23,2 %

 „Nach Deutschland, der Liebe wegen“ · www.bamf.de/Shared-Docs/Meldungen/DE/2014/20140507-heiratsmigrationsstudie.html?nn=1367522



Das Anerkennungsgesetz des Bundes – eine Erfolgsgeschichte für die Arbeitsmarktintegration von Fachkräften mit ausländischen Berufsabschlüssen

© Bundesministerium für Bildung und Forschung



Kommentar von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka (CDU)

Das Gesetz über die verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen ist seit gut zwei Jahren in Kraft. Erstmals haben damit alle Menschen einen allgemeinen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren, und zwar weitestgehend unabhängig von ihrem Herkunftsland, Aufenthaltsstatus oder ihrer Staatsangehörigkeit. Entscheidend ist die Frage, ob Vergleichbarkeit zwischen der ausländischen Berufsqualifikation und dem deutschen Referenzberuf besteht. Dann wird anerkannt.

Das Gesetz hat das allgemeine Bewusstsein dafür geschärft, dass eine gelungene Integration von Menschen mit ausländischen Abschlüssen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland notwendig ist – mehr noch: Das Anerkennungs-gesetz ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass Deutschland ein attraktives und modernes Einwanderungsland ist. Ein Novum des Anerkennungsgesetzes, ist die für alle Berufe – auch für die Abschlüsse im dualen System – verpflichtend vorgesehene Berücksichtigung von Berufserfahrung bei der Gleichwertigkeitsprüfung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bewertet das Gesetz positiv: „Ein neuer rechtlicher Rahmen für die Anerkennung von Qualifikationen schafft bessere Möglichkeiten, Fachkräfte mit fragten Kompetenzen des mittleren

Qualifikationsniveaus im Ausland zu finden“, heißt es in einem OECD-Bericht zur Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland.

Schon im Gesetzgebungsverfahren war es gelungen, einen breiten politischen Konsens in Bundestag, Bundesrat und bei den Sozialpartnern zu erreichen, der zu einer neuen Sichtweise beigetragen hat: Das Anerkennungsgesetz nimmt die Fähigkeiten und Potenziale von Migrantinnen und Migranten in den Blick und setzt ein Zeichen der Anerkennung im Sinne von Respekt und Wertschätzung der persönlichen Lebensleistung. Dies hat bei den Kammern, in Betrieben und in der Öffentlichkeit zu einem Umdenken geführt und schlägt sich in einer breiten Unterstützung für das Gesetz nieder.

In den vergangenen Jahren ist viel passiert: Das zentrale Internetportal der Bundesregierung „Anerkennung in Deutschland“, die Telefonhotline beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie das Beratungsnetzwerk des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ haben die Arbeit aufgenommen und sichern eine effiziente und flächendeckende Information und Erstberatung für Anerkennungssuchende. Bei den Stellen, die – wie zum Beispiel die Kammern – über die Anerkennungsanträge zu entscheiden haben, wurden sehr schnell Fachwissen aufgebaut und gebündelte Strukturen geschaffen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den Vollzug kontinuierlich zu beobachten und bei offensichtlichem Anpassungsbedarf auch gesetzgeberisch tätig zu werden. Diese Aufgabe wurde dem Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) übertragen, das in einem jährlichen Monitoringbericht die Entwicklungen beim Anerkennungs-geschehen analysiert. Der erste Bericht zum Anerkennungsgesetz ist am 1. April 2014 erschienen.

Bereits in den ersten neun Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gab es bundesweit rund 11.000 Verfahren, von denen über 80 Prozent in eine volle Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses mündeten. Dies ist eine beachtliche Zahl. Ziel muss es jedoch sein, die Antragszahlen zu steigern, um noch mehr Potenziale zu nutzen. Wichtig ist bei den Ausbildungsberufen, dass auch eine beschei-

nigte Teilgleichwertigkeit Vorteile bringt. Denn die im Bescheid enthaltene differenzierte Darstellung der vorhandenen Qualifikationen und Unterschiede zum deutschen Abschluss reicht häufig aus, um Arbeitgeber vom Wert der ausländischen Qualifikation zu überzeugen – und bietet zudem Anknüpfungspunkte für Weiterbildungen. Auch dies sollte den Unternehmen noch stärker vermittelt werden. Ich setze hierfür nicht zuletzt auf die Unterstützung der Kammern.

Gerade in den Betrieben gibt es noch Spielräume nach oben. Das Projekt „Anerkannt!“ des DGB Bildungswerk, welches vom BMBF gefördert wird, entwickelt geeignete Instrumentarien, mit denen Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie betriebliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute geschult werden und in der Praxis vorhandene Qualifikationen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erkennen können. Eine systematische Nutzung der Anerkennungsmöglichkeiten kann gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die nicht über eine strategische Personalentwicklung verfügen, sinnvoll sein, um die Potenziale ihrer Belegschaft noch besser auszuschöpfen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

ERFAHRUNGSEXPERTEN GESUCHT!

Das DGB Bildungswerk sucht Beschäftigte, deren Berufsabschluss in Deutschland anerkannt wurde: Teilen Sie Ihre Erfahrungen mit anderen! Lassen Sie sich zur Fachkraft für Anerkennung ausbilden und

tauschen sich mit Kolleginnen und Kollegen, Interessierten und Vertretern aus Politik und Wirtschaft aus.

Informationen:
www.migration-online.de/anerkannt

GEFÖRDERT DURCH

